Der Corruption, Drug Trafficking and Other Serious Crimes (Confiscation of Benefits) Act

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Von Drogenerlösen zu schweren Straftaten

Der CDSA trägt in seinem Kurztitel die Jahreszahl 1992. Seine Ursprünge liegen in der internationalen Kampagne gegen den Drogenhandel Ende der 1980er-Jahre, aus der das Wiener Übereinkommen von 1988 und die Gründung der FATF durch die G7 im Jahr 1989 hervorgingen. Das Gesetz richtete sich zunächst gegen die Erlöse aus dem Drogenhandel und wurde später auf die Vorteile aus anderen schweren Straftaten erweitert, was seinen sperrigen Namen erklärt. Der Aufbau des Gesetzes spiegelt diese Geschichte bis heute wider. Die meisten seiner Vorschriften treten paarweise auf, die eine betrifft die „benefits of drug dealing", die andere die „benefits from criminal conduct".[12]

Für einen Finanzplatz kommt es auf die zweite Kategorie an. „Criminal conduct" bedeutet, eine Handlung vorzunehmen oder an ihr beteiligt zu sein, die eine schwere Straftat (Serious Offence) oder eine ausländische schwere Straftat (Foreign Serious Offence) darstellt, gleich ob in Singapur oder anderswo. Schwere Straftaten

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

sind die in der Second Schedule aufgeführten. Eine ausländische schwere Straftat ist eine Straftat nach ausländischem Recht, deren zugrunde liegendes Verhalten eine schwere Straftat dargestellt hätte, wäre es in Singapur begangen worden.[3] Dieser Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit erlaubt es Singapur, die Wäsche von Erlösen aus Betrug, Korruption oder Steuerdelikten zu verfolgen, die im Ausland begangen wurden. Genau dort hat das meiste Geld seinen Ursprung, das an einem Finanzplatz gewaschen wird.

Die Liste der schweren Straftaten ist mit dem internationalen Standard gewachsen. Die für das Private Banking wichtigste Erweiterung erfolgte am 1. Juli 2013, als ein breites Spektrum schwerer Steuerdelikte zu Vortaten der Geldwäsche wurde. Kapitel E.II untersucht diesen Schritt und seine Folgen für unversteuerte Vermögen. Seit November 2024 ergänzt eine Third Schedule Straftaten, die bereits für sich genommen als ausländische schwere Straftaten gelten. Sie wurde eingeführt, um im Ausland begangene schwere Umweltstraftaten zu erfassen, sodass die Polizei Gelder in Singapur ermitteln kann, die aus illegalem Holzeinschlag oder aus dem Handel mit Wildtieren anderswo stammen.[4]

Die Geldwäschetatbestände

Die Kerntatbestände finden sich in den Sections 50 bis 54. Die Sections 50 und 51 bestrafen, wer eine Vereinbarung eingeht oder an ihr beteiligt ist, obwohl er weiß oder hinreichende Gründe zu der Annahme hat, dass sie einer anderen Person hilft, ihre Vorteile aus Straftaten zu behalten oder darüber zu verfügen. Sie erfassen auch Vereinbarungen, mit denen diese Vorteile genutzt werden, um der betreffenden Person Mittel zu beschaffen oder Vermögen für sie zu erwerben. Die Sections 53 und 54 bestrafen, wer seine eigenen Vorteile aus Straftaten verbirgt, verschleiert, umwandelt, überträgt oder aus dem Hoheitsgebiet verbringt. Dieselben Sections bestrafen jeden, der so mit den Vorteilen einer anderen Person verfährt oder sie erwirbt, besitzt oder verwendet, obwohl er weiß oder hinreichende Gründe zu der Annahme hat, dass es sich um Erlöse aus Straftaten handelt. Das Verbergen oder Verschleiern von Vermögen umfasst das Verbergen seiner Art, Herkunft, Belegenheit, der Verfügung darüber, seiner Bewegung oder der Eigentumsverhältnisse.[5]

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Zwei Merkmale dieser Vorschriften verdienen besondere Beachtung. Das erste ist die subjektive Seite. Da die Formel „knowing or having reasonable grounds to believe“ über die positive Kenntnis hinausreicht, kann ein Banker oder ein Company Secretary der Haftung nicht entgehen, indem er vor offenkundigen Warnsignalen die Augen verschließt. Das zweite ist die Einbeziehung der Selbstgeldwäsche in Section 53(1) und Section 54(1). Ein Betrüger, der seine eigenen Erlöse über Konten in Singapur bewegt, begeht neben dem Betrug selbst eine eigenständige Geldwäschetat. Das ist für ausländische Täter von Bedeutung: Ihre Vortat mag außerhalb der Reichweite der Singapurer Gerichte liegen, ihr Umgang mit dem Geld liegt es nicht.

Die Strafen sind erheblich. Einer natürlichen Person, die nach Section 51(1) oder Section 54(1) bis (3) verurteilt wird, drohen eine Geldstrafe von bis zu 500.000 Dollar, eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren oder beides. Anderen als natürlichen Personen droht eine Geldstrafe von bis zu einer Million Dollar oder dem Doppelten des Werts der betroffenen Vorteile, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Seit dem 30. Dezember 2025 kann gegen eine natürliche Person, die wegen der Wäsche von Erlösen aus einer schweren Betrugsmasche (Scam) verurteilt wird, zusätzlich die Prügelstrafe mit bis zu zwölf Stockhieben verhängt werden. Wer mit den Erlösen eines anderen umgeht, entgeht der Prügelstrafe nur, wenn er nachweist, dass er angemessene Schritte unternommen hat, um sicherzustellen, dass das Vermögen keine solchen Erlöse darstellt. Die Vorschrift zeigt, wie stark der Kampf gegen Betrugsmaschen, die für gewöhnliche Einwohner sichtbarste Finanzkriminalität, das Recht inzwischen prägt.

Ein weiterer, 2018 eingeführter Tatbestand zielt auf Vermögen ungeklärter Herkunft. Section 55 bestraft, wer Vermögen besitzt oder verwendet, bei dem der begründete Verdacht besteht, dass es Vorteile aus Straftaten darstellt, wenn er nicht befriedigend erklären kann, wie er es erlangt hat. Dieselbe Änderung erlaubte den Gerichten, Fälle mit Auslandstaten auf der Grundlage der von der Anklage vorgelegten Beweise zu entscheiden, ohne auf ausländische Regierungen oder Sachverständige angewiesen zu sein, und erhöhte die Höchstgeldstrafen für juristische Personen.[6]

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Leichtfertigkeit, Fahrlässigkeit und der Money Mule

Die Welle von Online-Betrugsmaschen nach 2020 legte eine Lücke im Gesetz offen. Viele der Bankkonten, über die Erlöse aus solchen Maschen flossen, gehörten Einwohnern Singapurs, die ihre Konten an Syndikate im Ausland verkauft oder verliehen hatten. Die Anklage konnte diesen Finanzagenten (Money Mules) oft nicht nachweisen, dass sie wussten oder Grund zu der Annahme hatten, dass das Geld aus Straftaten stammte. Ein Änderungsgesetz von 2023, in Kraft seit dem 8. Februar 2024, fügte deshalb Tatbestände mit geringeren Verschuldensanforderungen hinzu.[7]

Die Sections 51(1A) und 54(3A) bestrafen nun, wer die Vorteile eines anderen aus Straftaten leichtfertig oder fahrlässig fördert oder mit ihnen umgeht. Leichtfertige Geldwäsche wird mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht, fahrlässige Geldwäsche mit bis zu drei Jahren. Die neue Section 55A geht weiter. Sie stellt es in vier bestimmten Konstellationen unter Strafe, eine Vereinbarung über Vorteile aus Straftaten einzugehen, unter anderem wenn der betroffene Wert in keinem Verhältnis zum bekannten Einkommen der Person steht oder wenn sie einer anderen Person die Nutzung ihres Zahlungskontos überlässt, ohne angemessene Schritte zu unternehmen, um den Grund dafür herauszufinden. Der Beschuldigte kann sich entlasten, wenn er nachweist, dass er keinen Grund zu der Annahme hatte, das Vermögen stelle Vorteile aus Straftaten dar. Einer natürlichen Person drohen bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe, einer juristischen Person eine Geldstrafe von bis zu einer Million Dollar oder dem Doppelten der Vorteile.

Die FATF-Prüfer von 2026 bezeichneten Section 55A(1) als „Money Mule Offence“. Sie hielten die Vorschrift für zu neu, um ihre Wirksamkeit zu beurteilen.[8] Für Finanzinstitute hat die Vorschrift mittelbare Bedeutung. Sie erhöht das rechtliche Risiko der Personen, die ihre Konten verleihen. Zugleich beruht sie auf demselben Gedanken wie die Regeln zur Sorgfaltsprüfung: Wer Geld für andere bewegt, muss fragen, woher es kommt.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Ausländische Vortaten und die Beweislast

Der in Kapitel E.VI untersuchte Fall von 2023 offenbarte eine zweite Schwierigkeit. Die Verdächtigen hatten Geld nach Singapur gebracht, das zuvor über Konten in mehreren anderen Ländern geflossen war. Um sie wegen Geldwäsche zu verurteilen, musste die Anklage nachweisen, dass das Vermögen tatsächlich ein Vorteil aus Straftaten war, was oft Beweise von ausländischen Geschädigten und Behörden erforderte. Das Gesetz sah bereits vor, dass die Anklage die Einzelheiten der Vortat nicht nachweisen muss. Es genügte zudem der Nachweis, dass der Beschuldigte wusste oder Grund zu der Annahme hatte, dass das Vermögen aus irgendeiner Straftat stammte, ohne dass diese bezeichnet werden musste.[9]

Der im August 2024 verabschiedete Anti-Money Laundering and Other Matters Act ging einen Schritt weiter. Neue Subsections von Section 56 bestimmen, dass die Anklage nicht als objektives Tatbestandsmerkmal nachweisen muss, dass das Vermögen tatsächlich Vorteile aus Straftaten darstellt. Es genügt der Nachweis jenseits vernünftiger Zweifel, dass der Beschuldigte wusste oder hinreichende Gründe zu der Annahme hatte, mit Erlösen aus Straftaten umzugehen.[10] Die Änderung verlagert den Schwerpunkt einer Geldwäscheanklage von der Herkunft des Geldes auf die Vorstellung der Person, die damit umgeht. Für den Finanzplatz verringert sie die Abhängigkeit der Singapurer Gerichte von der Zusammenarbeit ausländischer Staaten, die oft langsam ist und manchmal ganz ausbleibt.

Einziehung, Bargeldverkehr und Tipping-off

Die Einziehung war, wie der Titel zeigt, der ursprüngliche Zweck des Gesetzes. Ein Gericht, das eine Person wegen einer Drogenhandelstat oder einer schweren Straftat verurteilt, kann ihr die Zahlung eines Betrags auferlegen, der den Vorteilen entspricht, die sie aus der Straftat gezogen hat. Der CDSA enthält außerdem ein Meldesystem für Bargeld und begebbare Inhaberpapiere, die nach Singapur eingeführt oder aus Singapur ausgeführt werden. Wer Bargeld über dem festgelegten Betrag ohne Meldung über die Grenze bringt, begeht eine Straftat. Im Fall einer Verurteilung kann der übersteigende Betrag eingezogen werden. Der festgelegte Betrag liegt bei 20.000 Dollar oder dem Gegenwert in ausländischer

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Währung. Die FATF-Prüfer hielten den rechtlichen Rahmen dieses Systems für solide, seine Durchsetzung aber für schwach. Von 439 Fällen falscher oder unterlassener Anmeldung hatten die Behörden nur einen einzigen Täter mit weitergehender Kriminalität in Verbindung gebracht.[11]

Das letzte Element des strafrechtlichen Rahmens ist das Verbot des Tipping-off. Wer weiß oder Grund zu der Vermutung hat, dass Ermittlungen laufen oder eine Verdachtsmeldung erstattet wurde, macht sich strafbar, wenn er Informationen preisgibt, die geeignet sind, die Ermittlungen zu beeinträchtigen. Die Strafe beträgt bis zu 250.000 Dollar Geldstrafe, bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe oder beides. Ausgenommen sind Rechtsanwälte, die ihre Mandanten beraten, und Unternehmensjuristen, die ihre Arbeitgeber beraten, es sei denn, die Offenlegung dient einem rechtswidrigen Zweck. Für einen Kundenberater in einer Privatbank bedeutet die Regel, dass einem Kunden, dessen Konto gemeldet wurde, nicht gesagt werden darf, warum sich die Ausführung seiner Aufträge verzögert.[12]

Anmerkungen

1. Corruption, Drug Trafficking and Other Serious Crimes (Confiscation of Benefits) Act 1992, s 1 (Text der aktuellen revidierten Fassung, wiedergegeben nach Singapore Statutes Online durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026): „This Act is the Corruption, Drug Trafficking and Other Serious Crimes (Confiscation of Benefits) Act 1992.“. ↩
2. United Nations Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances, Wien, 20. Dezember 1988; Gründung der FATF auf dem G7-Gipfel in Paris im Juli 1989; zum Erlass des Drug Trafficking (Confiscation of Benefits) Act im Jahr 1992 und zu seiner Erweiterung auf andere schwere Straftaten und Umbenennung im Jahr 1999 siehe die Gesetzgebungsgeschichte in Singapore Statutes Online. ↩
3. CDSA, s 2(1), Begriffsbestimmungen von „criminal conduct“, „foreign serious offence“ und „serious offence“ (Wiedergabe des aktuellen Textes durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026). ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

4. Monetary Authority of Singapore, *Response to Feedback Received – Consultation Paper to Designate Tax Crimes as Money Laundering Predicate Offences in Singapore* (2013), Ziff. 1.1: Das Konsultationspapier vom 9. Oktober 2012 legte „the scope of tax crimes that Singapore will be designating as money laundering ('ML') predicate offences with effect from 1 July 2013" fest; CDSA, s 2(1), Begriffsbestimmung von „foreign serious offence", Buchst. (b): „includes any offence specified in the Third Schedule" [Act 24 of 2024 wef 14/11/2024] (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); Monetary Authority of Singapore, *National Anti-Money Laundering Strategy*, 30. Oktober 2024, Tabelle 1: „Introduction of a Third Schedule to the CDSA, designating foreign serious environmental crimes as ML predicate offences.". ↩

5. CDSA, ss 50(1) und 51(1) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026): Vereinbarungen, durch die das Behalten oder die Kontrolle der Vorteile einer anderen Person „is facilitated (whether by concealment, removal from jurisdiction, transfer to nominees or otherwise)" oder durch die diese Vorteile genutzt werden, um für diese Person Mittel zu beschaffen oder Vermögen zu erwerben; CDSA, ss 53(1)–(3) und 54(1)–(3) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); CDSA, s 54(4) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026). ↩

6. CDSA, s 51(5) und (7) sowie s 54(5) und (7) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); CDSA, s 51(8)–(10) und s 54(8)–(9), eingefügt durch Act 21 of 2025 mit Wirkung vom 30. Dezember 2025 (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); CDSA, s 55(1) und (2) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026): Geldstrafe bis 150.000 $ oder Freiheitsstrafe bis drei Jahre für natürliche Personen, Geldstrafe bis 300.000 $ für andere; Monetary Authority of Singapore, *National Anti-Money Laundering Strategy*, 30. Oktober 2024, Tabelle 1 (Änderung von 2018, mit der dieser Tatbestand eingeführt wurde); Monetary Authority of Singapore, *National Anti-Money Laundering Strategy*, 30. Oktober 2024, Tabelle 1, Eintrag „CDSA 2018". ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

7. Monetary Authority of Singapore, *National Anti-Money Laundering Strategy*, 30. Oktober 2024, Tabelle 1, Eintrag „CDSA 2023“: Änderungen „especially in relation to cyber-enabled fraud“, die „new ML offences including rash and negligent money laundering“ umfassen, welche „would enable LEAs to prosecute persons for a ML offence at lower levels of culpability“. ↩

8. CDSA, s 54(3A) und (6), eingefügt durch Act 15 of 2023 mit Wirkung vom 8. Februar 2024 (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026): Geldstrafe bis 250.000 $ oder Freiheitsstrafe bis fünf Jahre bei leichtfertigem Handeln, Geldstrafe bis 150.000 $ oder Freiheitsstrafe bis drei Jahre bei fahrlässigem Handeln; CDSA, s 55A(1) und (2), eingefügt durch Act 15 of 2023 mit Wirkung vom 8. Februar 2024 (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); CDSA, s 55A(3)–(6) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); FATF und APG, *Mutual Evaluation Report of Singapore*, Mai 2026, Executive Summary, Rn. 32: Einige alternative Maßnahmen „(like CDSA S55A(1), the ‘Money Mule Offence’) were recently introduced and it is premature to assess effectiveness“. ↩

9. CDSA, s 56(1) und (2) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026). ↩

10. CDSA, s 56(5)–(10), eingefügt durch Act 24 of 2024 mit Wirkung vom 14. November 2024 (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); Monetary Authority of Singapore, *National Anti-Money Laundering Strategy*, 30. Oktober 2024, Tabelle 1, Eintrag „CDSA 2024“: „It will be sufficient for the Prosecution to prove beyond a reasonable doubt that the money launderer knew or had reasonable grounds to believe that he was dealing with criminal proceeds.“; Inter-Ministerial Committee on Anti-Money Laundering, *Report*, Oktober 2024: „the passage of the Anti-Money Laundering and Other Matters Act (AMLOM Act) in August 2024“. ↩

11. CDSA, ss 58, 60(1) und 64 (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); FATF und APG, *Mutual Evaluation Report of Singapore*, Mai 2026, Executive Summary, Rn. 37; FATF und APG, *Mutual Evaluation Report of Singapore*, Mai 2026, Rn. 528: Jede Person, die Bargeld „in excess of SGD 20

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

000“ in das Land oder aus dem Land bringt, muss eine Online-Anmeldung abgeben. ↩

12. CDSA, s 57(1) und (2) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026); CDSA, s 57(3)–(5) (Wiedergabe durch LawPlayer SG, abgerufen im November 2026). ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.